

# Wohlstand auch in Krisenzeiten durch Solidarität

Viele Bürger:innen fühlen sich durch die aktuellen Krisen bedroht:

- Umwelt, Krieg, Corona,
- zerfallende Demokratie, Sozialabbau,
- wachsende Ungleichheit, zunehmende Armut,
- Inflation, Energiekosten, steigende Mieten, Teuerung, ...

Die Regierung und die politischen Parteien agieren planlos und vermitteln uns keine klaren Programme, wie sie unsere Zukunft gestalten wollen. Viele fragen sich, wie es weiter gehen soll: Wer vertritt eigentlich unsere Interessen? Kann sich unser Staat überhaupt noch gegen Konzerne und Kapital durchsetzen? Wird uns unser mühevoll erreichter Wohlstand jetzt wieder weggenommen?

Da können schon Angst und Verzweiflung aufkommen. Aber statt uns ängstlich zu verkriechen und die Zustände zu bejammern, wollen wir in gelebter solidarischer Tradition gemeinsam unsere Vorstellungen von einer positiven Zukunft entwickeln, die aktuellen Umstände nüchtern analysieren und dann die erforderlichen Schritte zu mehr Sicherheit und Wohlstand diskutieren. Vielleicht können wir als aktive Bürger:innen mit einem guten Plan neuen Wohlstand erreichen!

**Dazu haben wir einen eintägigen Workshop entwickelt.** Hier werden wir unsere aktuellen Sorgen besprechen und überlegen, welche Probleme in einer positiven Zukunft besser gelöst werden sollten. Da gibt es die bekannten Bereiche wie: Wohnen, Pflege, Bildung, Wirtschaft, Chancengleichheit, aber auch neue Vorschläge sind gefordert. Dazu klären wir, was wir unter Wohlstand verstehen, wie wir ihn absichern und verbessern können. Natürlich stellt sich die Frage, was ein gut organisierter Sozialstaat dabei leisten könnte. Immer mehr Untersuchungen und Vorschläge zur Verbesserung der Umstände werden gemacht. International sind dafür Piketty, Atkinson und Zucman bekannt, deren Thesen wir kurz beleuchten. Für Österreich haben uns Markus Marterbauer und Martin Schürz in ihrem Buch „Angst und Angstmacherei“ vorgerechnet, was Maßnahmen zur Verbesserung des Gemeinwohls kosten würden und woher das Geld dafür kommen könnte. Dazu ist ein Überblick über vergangene und gegenwärtige Besteuerungen von Vermögen und Erbschaften hilfreich.

Das führt uns zur Frage, wie Vermögen aktuell verteilt ist, wofür es verwendet wird und wie es entsteht. Wir untersuchen, warum immer mehr Vermögen von uns Vielen zu wenigen Superreichen wandert und betrachten den weitgehend totgeschwiegenen Unterschied von Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen in einer einfachen Simulation am Computer. Sprüche wie „Arbeit muss sich wieder lohnen“ oder „Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut“ erscheinen da in ganz neuem Licht.

Wertvolles Staatseigentum wird privatisiert. Beispielsweise finanziert der Staat Forschungsarbeiten an unseren Universitäten. Entsteht dabei ein gewinnbringender Geschäftszweig, wird ein privates Unternehmen gegründet und Methoden und Technologien entgeltfrei privatisiert. Solange alles gut läuft, fließen die Erträge in private Taschen. Treten Krisen auf, wird lauthals wieder staatliche Unterstützung gefordert. Ein anderes Beispiel sind die übertriebenen Corona Ausfallzahlungen an die Wirtschaft. Wird jetzt jede Krise genutzt, um noch höhere Gewinne einzufahren? Wir überlegen, wie die Mittel unseres Staates besser verwendet werden können.

Bekannt sind die Auswüchse des Finanzkapitalismus: Investoren fordern zuerst mehr Steuerfreiheit für ihre Gewinne, aber die Verluste soll der Staat ersetzen. Unbemerkt von vielen wurden positiv regulierende Maßnahmen auf Druck der Finanzindustrie weltweit zurückgenommen (Aufhebung des Goldstandards durch Nixon 1971, Aufhebung der Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken durch Clinton 1999). Damit können Banken mit dem Geld ihrer Kunden auf eigene Rechnung ohne jedes Limit spekulieren. Nicht erst seit 2008 leiden wir unter diesen Umtrieben. Sie könnten schon längst eingedämmt werden. Vorschläge gibt es dazu mehrere, unter anderem von Stefan Schulmeister in seinem Buch „Der Weg zur Prosperität“.

Im Gegensatz zur sinnfreien Anhäufung von Vermögen bewährt sich Solidarität besonders bei der Überwindung von Krisen. Wir schauen uns praktische Beispiele von Kooperation an und besprechen Anwendungen in der politischen Praxis.

Schließlich wird auch der Begriff „Eigentum“ und seine geschichtliche Entwicklung behandelt. Thesen aus Büchern von Jason Hickel und Graeber/Wengrow über die Rollen von Sklaven, Bauern, Baronen und Königen werden vorgestellt und diskutiert. Dabei stoßen wir auf die bewusste Erzeugung von Mangel als Herrschaftsinstrument damals im Vergleich zur heutigen Sparpolitik und Austerität.

Die Diskussion über die Grenzen des Wachstums und das Ende des Kapitalismus (Jason Hickel, Ulrike Herrmann) flammt angesichts der Umweltkrise wieder stark auf. Vermeintlicher Wachstumszwang und Automatisierung rationalisieren immer mehr Arbeitsplätze weg, nach den Arbeitern erwischt es jetzt auch die breite Schicht der mittleren Angestellten. In Gruppenarbeit klären wir unseren Standpunkt zur Wachstumsfrage.

Ziel unserer Arbeit ist es, die in Angst und Irrationalität erstickte politische Diskussion wieder in Gang zu bringen. Wir wollen die Teilnehmer ermutigen, statt ängstlich zu jammern wieder positive Vorstellungen einer gemeinsamen Zukunft mit mehr Wohlstand und Solidarität zu entwickeln. Jeder Bürger soll in die Lage versetzt werden, sich eingehend zu informieren, haltlose Argumente oder Fake-News zu identifizieren und mündig eine eigenständige Position einzunehmen.

Digitale Bildung wird für eine funktionierende Demokratie immer wichtiger. Daher erfahren die Teilnehmer, wie sie den Wahrheitsgehalt von politischen Aussagen ohne grossen Aufwand selbst im Internet überprüfen können. Jeder sollte detaillierte Informationen zu aktuellen Themen selbst im Internet nachforschen können, ohne Gerüchten oder Fehlinformationen auf den Leim zu gehen.

Wir freuen uns über eure aktive Teilnahme an unserem Workshop:  
Gabriela, Andreas, Rupert Nagler, Herbert Klausner

**Zeit: Samstag 22.4.2023**, von 10:00 bis 18:00

**Ort:** Volkshaus SPÖ Mauerbach

Dieser Workshop wird aus Mitteln der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung gefördert.

[www.politischebildung.at](http://www.politischebildung.at)



**Kontakt:** Information Design Institute,  
Dipl.-Ing. Dr. Rupert Nagler  
Hötzendorfstraße 120, A-2231 Strasshof  
T.: +43 650 2287 001  
[nagler@idi.co.at](mailto:nagler@idi.co.at), [www.idi.co.at](http://www.idi.co.at)